

Mir A. Ferdowski

Sicherheit und Frieden nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Autoren:

Joachim Betz

Dieter Bingen

Ernst-Otto Czempiel

Mir A. Ferdowski

Uwe Halbach

Magarditsch Hatschikjan

Heinrich-W. Krumwiede

Hanspeter Mattes

Volker Matthies

Uwe Nerlich

Peter J. Opitz

Reinhardt Rummel

Peter Schlotter

Gerhard Wettig

München 1994 – 1. Auflage

BAYERISCHE LANDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNGSARBEIT

Inhaltsverzeichnis

MIR A. FERDOWSI

Das Ende des Kalten Krieges und der Zerfall des Sowjetimperiums.
Eine retrospektive Betrachtung..... 11

MIR A. FERDOWSI

Globale Bedrohungspotentiale – eine kritische Bestandsaufnahme 23

Sicherheit und Frieden in der „Einen Welt“: Chancen – Risiken – Tendenzen

GERHARD WETTIG

Rußland/GUS – Reform oder Restauration?..... 45

DIETER BINGEN

Ost-Mittleuropa – vom Warschauer-Pakt zur NATO? 73

MAGARDITSCH HATSCHIKJAN

Süd-Osteuropa – vermintes Gelände? 93

BEINHARDT RUMMEL

Europäische Union – auf dem Weg zur Ordnungsmacht in Europa? 111

PETER J. OPITZ

Die asiatisch-pazifische Region – Ruhe vor dem Sturm?..... 127

JOACHIM BETZ

Südasiens – Sicherheitsgefüge im Wandel? 146

UWE HALBACH

Mittelasiens – auf der Suche nach einer neuen Ordnung?..... 156

MIR A. FERDOWSI

Naher und Mittlerer Osten – vom regionalen Sicherheitssystem zum
Bilateralismus?..... 171

HANSPETER MATTES

Nordafrika – von intraregionalen Konfliktfronten zum horizontalen Krisen-
management?..... 185

VOLKER MATTHIES

Subsahara-Afrika – vom Schauplatz des Ost-West-Konflikts zur
peripheren Katastrophenregion? 196

HEINRICH-W. KRUMWIEDE

Lateinamerika – Frieden durch Demokratie? 215

ERNST-OTTO CZEMPIEL

USA – Supermacht wider Willen? 225


Friedenssicherung in einer multipolaren Welt

 UWE NERLICH

Die NATO – eine neue Verbindung von kollektiver Verteidigung und
kollektiver Sicherheit. Herausforderungen der 90er Jahre. 239

 PETER SCHLOTTER

Die KSZE – Möglichkeiten und Grenzen einer multinationalen Friedens-
gestaltung in Europa. 257

 PETER J. OPITZ

Die UNO – zwischen kollektiver Sicherheit und humanitärer Intervention. .. 273

Globale Bedrohungspotentiale – eine kritische Bestandsaufnahme

„Nichts ist gewiß außer der Tatsache, daß wir zahllosen Ungewißheiten gegenüberstehen; aber die einfache Anerkennung dieser Tatsache liefert einen entscheidenden Ansatzpunkt, der weit besser ist als Blindheit gegenüber dem Wandel unserer Welt“ (Paul Kennedy 1993, S. 441).

Wollte man eine Rangliste jener Ängste und Bedrohungspotentiale aufstellen, die nach dem Verfliegen der Euphorie über den Zerfall des Sowjetimperiums und das Ende der kommunistischen Welt die seit dem Ausbruch des Kalten Krieges vorherrschende und nunmehr hinfällig gewordene Angst vor dem Kommunismus als Bedrohungspotential für Leib und Leben sowie den Wohlstand ersetzt haben, so lassen sich ein halbes Dutzend von Problemkomplexen identifizieren, die sich erstaunlicherweise alle auf die Regionen des Südens beziehen. Dabei fehlt es angesichts der sich verschärfenden Handelskonflikte zwischen den USA und Japan bzw. Japan und die EU, aber auch der Dissonanzen zwischen der EU und den USA nicht an ernstzunehmenden Stimmen, die nach dem Wegfall des offenbar kompromißfördernden Außendrucks im Zuge des Ost-West-Konfliktes auch für die Triade USA-Japan-EU einen sich verschärfenden Konkurrenzdruck und die Zunahme von Protektionismus nicht ausschließen (*Luttwak 1994*), mit unabsehbaren und verheerenden Folgen für die Entwicklung und Wohlfahrt der gesamten Weltgemeinschaft.

Neben dem „Gespenst“ des islamischen Fundamentalismus und, wohl am Ende der Skala, der Proliferation bzw. dem Erwerb oder der Entwicklung atomarer und anderer bedrohlicher Waffen durch Potentaten der Dritte-Welt-Staaten werden insbesondere der Anstieg der Erdbevölkerung und mit ihm die wachsenden demographischen Ungleichgewichte zwischen reichen und armen Ländern und die dadurch verursachten Umweltkatastrophen sowie die Flut von Migrationsbewegungen genannt.

Obwohl die gegenwärtige Konjunktur solcher und ähnlich populär gelagerter Themen darauf hindeutet, daß sie weniger mit dem Gegenstand selbst als vielmehr mit einer „Identitätskrise“ nach dem Ende des Kalten Krieges und dem „Feindbildvakuum“ infolge der „Transformation des Ost-West-Konfliktes“ zusammenhängen (*Hippler/Lueg 1993*), fehlt es nicht an Szenarien, die solche und ähnlich gelagerte Befürchtungen und Schreckensbilder entweder medienwirksam oder aber als Ausgangspunkt wissenschaftlicher Studien über die künftige Entwicklung und Tendenzen des internationalen Systems präsentieren (*King/Schneider 1991; Kaiser 1992; Kennedy 1993*).

Hatte William Nicholson (1990) Ende der achtziger Jahre mit dem Film „Der Marsch“ einem breiteren europäischen Publikum vor Augen geführt, wie sich die Zukunft gestalten könnte, wenn sich hungrige Menschen aus dem Sudan über die marokkanische Küste gegenüber von Gibraltar nach Westeuropa in Bewegung setzen würden, so warnt der ehemalige Sicherheitsberater von Jimmy Carter, Zbigniew Brzezinski, davor, daß in den zerstrittenen und von sozialen Konflikten beladenen Ländern der ehemaligen Dritten Welt – im südlichen Asien, in Afrika und anderswo in den Entwicklungsregionen – Neid und Haß auf die Oberschichten der nördlichen Halbkugel zu einer tiefen politischen Emotionalisierung führen könnten. Diese würde in einem gut organisierten Anführerstaat mobilisiert werden können, der mit dem Anspruch aufträte, eine weltweite Wiedergutmachung einzufordern (*Brzezinski 1994, S. 104*), und diese womöglich – um dieses Szenario weiterzuspinnen – mit Hilfe von atomaren oder chemischen Waffen durchzusetzen suchen würde.

Diesen Schreckensvisionen wurde zuweilen auch sicherheitspolitisch-offizielle Absolution erteilt; so etwa in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ der Bundesrepublik, wo „demographische, ökonomische und ökologische Fehlentwicklungen“ in den Ländern der Dritten Welt zwar als „nichtmilitärische Risiken“ klassifiziert wurden. Doch infolge solcher Fehlentwicklungen würden demnach „zerstörerische Einflüsse auch in die hochindustrialisierte(n) Gesellschaften getragen. Bei insgesamt negativem Entwicklungsverlauf kann dieser Zusammenhang auch militärische Dimensionen gewinnen“ (*Zit. nach Sprenger 1994, S. 43*). So sehr objektive Zahlen solche Ängste zu bestätigen vermögen, erweisen sich diese Bedrohungspotentiale bei näherer Betrachtung vielfach als wenig plausibel und größtenteils als Facetten größerer Problemzusammenhänge, so daß deren Bewältigung allenfalls ein Kurieren am Symptom wäre.

Die angedeuteten Bedrohungspotentiale sind nur aus der Perspektive der Wohlstandsinseln der Welt gerechtfertigt. Vergegenwärtigt man sich hingegen die aus dem Ende des Kalten Krieges für die Entwicklungsländer entstandenen Bedrohungspotentiale aus der Perspektive des Südens, so stehen sie diesen diametral gegenüber. Bereits nach den „historischen Umwälzungen“ in Mittel- und Osteuropa 1989 und erst recht nach der Beendigung des Ost-West-Konfliktes 1990 sowie dem Zerfall des Sowjetimperiums 1991 fehlte es dort nicht an Befürchtungen, diese Entwicklungen könnten dazu führen,

- daß Hilfgelder spärlicher fließen und die Entwicklungsländer in einen „haushaltspolitischen Verdrängungswettbewerb“ mit jenen osteuropäischen Staaten treten müssen, deren wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung aus dem Entwicklungsetat bestritten wird;
- daß die ehemals „sozialistischen“ Industrieländer zu Konkurrenten bei der wirtschaftlichen Kooperation mit den westlichen Industrieländern werden. Dafür spräche nicht nur die geographische Nähe östlicher Nachbarländer zum Westen, sondern auch die vertraute Mentalität, eine ähnliche Kultur, bessere Ausbildung und weniger Sprachschwierigkeiten;

- daß mit dem politischen Niedergang des „real existierenden Sozialismus“ sich ihr ordnungspolitischer Handlungsspielraum erheblich einengt, weil der Modellcharakter der westlichen Industriegesellschaft so dominierend geworden ist;
- daß mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes zwar für die „Geber“ ein wesentliches Motiv entfällt, außen- und sicherheitspolitische Interessen als entscheidende Triebkräfte der Entwicklungskooperation einzusetzen, doch daß damit für die „Nehmer“ zugleich eine Trumpfkarte an politischem Gewicht verliert, zur Durchsetzung ihrer Forderungen die antagonistischen Blöcke gegeneinander auszuspielen;
- daß ihre Probleme aus dem öffentlichen Bewußtsein verdrängt und die Solidarität mit Osteuropa von einer „Entsolidarisierung“ mit der Dritten Welt abgelöst werden.

Zweifellos ist den „nördlichen“ und „südlichen“ Perspektiven gemeinsam, daß sie nur im Ansatz zutreffen, einer genaueren Betrachtung jedoch nicht standhalten. Doch das Ziel dieses Beitrages ist und kann nicht sein, hier einen umfassenden Überblick über die Dimension der tatsächlichen oder vermeintlichen Bedrohungspotentiale zu geben, mit denen wir kurz- bis mittelfristig zu rechnen haben, bzw. die seit dem Ende des Ost-West-Konfliktes im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses der westlichen Welt stehen. Was geleistet werden kann, ist zum einen, die Plausibilität der geschilderten Befürchtungen offenzulegen, zum anderen aber, kurz auf die unterschiedlichen Facetten jener globalen Probleme hinzuweisen, die andernorts hinreichend behandelt worden sind (*Opitz 1991; Stiftung Entwicklung und Frieden 1993; Opitz 1995*).

Bevölkerungsexplosion – die Bombe des armen Mannes oder mehr Hunger ohne Kinder?

Durch eine Reihe vielfältiger Studien (*Weltbank 1992; UNDP 1992; UNFPA 1992*) ist es inzwischen zur Gewißheit geworden, daß die heutige Weltbevölkerung von annähernd 5,5 Mrd. Menschen bei gleichbleibendem Wachstumstrend jährlich um weitere 95 Mio. zunehmen und bis zum Jahre 2000 auf 6,3 Mrd. ansteigen wird. Obwohl sich die jährlichen Zuwachsraten in den letzten 10 Jahren von nahezu 2 Prozent Mitte der 70er Jahre auf 1,8 Prozent heute deutlich verringert haben und zwischen 2000 und 2030 auf durchschnittlich 1,2 Prozent sinken werden, wird sich die Weltbevölkerung im Jahre 2025 – selbst bei Eintreten mittlerer Projektionen – dennoch auf über 8 Mrd. Menschen erhöht haben; dann werden 85 Prozent der Weltbevölkerung auf die unterentwickelten Länder entfallen.

Über 80 Prozent dieses jährlichen Zuwachses fallen auf Afrika, Asien und Lateinamerika. Mit anderen Worten: Von vier Kindern werden drei in den Entwicklungsländern geboren. Während in der industrialisierten Welt 1,2 Mrd. Menschen leben, fristen in den Regionen des Südens schon heute mehr als 4,2 Mrd. Menschen ein

Bevölkerungsschätzungen nach Regionen, 1950–2025

Region	Bevölkerung in Millionen (Prozentangaben)				
	1950	1970	1990	2000	2025
Welt Total	2.516 (100,0)	3.698 (100,0)	5.292 (100,0)	6.261 (100,0)	8.504 (100,0)
Industrieländer	832 (33,1)	1.049 (28,4)	1.207 (22,8)	1.264 (20,2)	1.354 (15,9)
Entwicklungsländer	1.684 (66,9)	2.649 (71,6)	4.086 (77,2)	4.997 (79,8)	7.150 (84,1)
Afrika	222 (8,8)	362 (9,8)	642 (12,1)	867 (13,8)	1.597 (18,8)
Nordamerika	166 (6,6)	226 (6,1)	276 (5,2)	295 (4,7)	332 (3,9)
Lateinamerika	166 (6,6)	286 (7,7)	448 (8,5)	538 (8,6)	757 (8,9)
Asien	1.377 (54,7)	2.102 (56,8)	3.113 (58,8)	3.713 (59,3)	4.912 (57,8)
Europa	393 (15,6)	460 (12,4)	498 (9,4)	510 (8,1)	515 (6,1)
Ozeanien	13 (0,5)	19 (0,5)	26 (0,5)	30 (0,5)	38 (0,4)
Ex-UdSSR	180 (7,2)	243 (6,6)	289 (5,5)	308 (4,9)	352 (4,1)

Quelle: United Nations Population Division, World Population Prospects 1990 (United Nations, New York 1991)

kärgliches Dasein. Die Bevölkerung von Bangladesch wird bis zum Jahr 2020 von derzeit 115 Mio. auf 235 Mio. angewachsen sein, die Kenias von 24 auf 80 Mio. und die Indiens von 855 auf 1440 Mio.

Besonders problematisch gestaltet sich dabei die Lage an der südlichen Peripherie Europas. Hier weist Afrika mit 642 Mio. Menschen im Jahre 1990 und einem prognostizierten Wachstum auf 1,6 Mrd. Menschen im Jahre 2025 die weitaus größten Wachstumsraten auf. Einen nicht unwesentlichen Anteil daran haben die Staaten Nordafrikas und im Mittleren Osten. Allein für Nordafrika wird ein Wachstum von 165 Mio. im Jahre 1990 auf 285 Mio. Menschen im Jahre 2025 prognostiziert (*Weltbank 1992*).

Angesichts dieser Zahlen scheint die Argumentationskette zunächst verblüffend schlüssig und einsichtig zu sein, wenn zwischen der Bevölkerungszunahme und einer Reihe von anderen Problemkomplexen folgender kausaler Zusammenhang hergestellt wird:

Bevölkerungswachstum übe Druck auf landwirtschaftlich nutzbare Flächen aus, was eine Abnahme der Pro-Kopf-Erträge verursache. Dies wiederum führe entweder zu Arbeitslosigkeit und Migration in die Städte, oder aber dazu, daß durch Erschließung neuer Gebiete zum Anbau von Nahrungsmitteln, Entforstung der Wälder, Zunahme der Wüstenflächen und Bodenerosion das ökologische Gleichgewicht aus den Fugen geriete, was wiederum nicht nur Nahrungsmittelmangel und Arbeitslosigkeit erzeuge, sondern neue Migrationswellen in die Städte auslösen kann.

Doch so sehr eine solche Kettenreaktion den Eindruck eines direkten Zusammenhanges vermittelt, wäre es zum einen sicherlich zu einfach, würde man einen gradlinigen Ursache-Wirkungs-Zusammenhang zwischen Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung, Ressourcenverbrauch, Armut und Wohlbefinden der Menschen herstellen. Gäbe es diese direkten Zusammenhänge, so könnten in der Tat breit angelegte und effektive Eingriffe das Problem lösen. Zum anderen fällt auf, daß die Statistik schon seit den 50er Jahren mit bedrohlichen Hochrechnungen von anwachsenden Menschenmassen hantiert, die das „Raumschiff Erde“ an den Rand einer Katastrophe bringen würden. Dabei wechselten die Argumentation bzw. die Szenarien der möglichen Gefahren.

Dienten diese in den frühen 50er Jahren und zur „Hoch-Zeit“ des Kalten Krieges, als das Gespenst der „Bevölkerungsexplosion“ in den USA kreierte wurde, zur „Aufstandsbekämpfung“ (*Sprenger 1994, S. 43*) „im Dienste des Weltfriedens“, so sollte die Eindämmung des Weltbevölkerungswachstums in den 60er Jahren Armut und Hunger beseitigen, wogegen es in den 70er und 80er Jahren hieß, die Eindämmung dieser Entwicklung durch gezielte Familienpolitik stehe im Dienste von Gesundheit, Frauenbildung und Emanzipation. Erst in den späten 80er Jahren rückten dann Umwelt und später noch Migration und Flucht in den Mittelpunkt des Interesses. Doch welche Faktoren führen tatsächlich zur extremen Bevölkerungszunahme? Und wäre die Bevölkerungsentwicklung ein Problem, wenn es Armut nicht gäbe? Wie viele Menschen sind denn „zuviel“?

Angesichts dieser bis heute kaum befriedigend beantworteten Fragen blendet die simple Forderung nach strikter Geburtenkontrolle in den Ländern des Südens – nach der Devise „Kondome statt Brot“ – die vielfältigen Ursachen der Bevölkerungsexplosion ebenso aus wie die damit verbundenen Konsequenzen.

Zum einen haben hohe Geburtenzahlen ihre Wurzeln oft in kulturellen und religiösen Werten. Um die Familien dazu zu bewegen, die Kinderzahl auf den Stand der industrialisierten Welt mit ihrer Zwei-Kinder-Familie zu senken, sind Verbesserungen der Lebensumstände nötig, wenn man bedenkt, daß nach Angaben der UN-Weltgesundheitsorganisation (WHO) nahezu 120 Mio. Menschen Verhütungsmittel benutzen würden, wenn sie welche hätten bzw. sie sich leisten könnten, und daß 500 Mio.

Frauen keine weiteren Kinder wollen (*Süddeutsche Zeitung vom 14. April 1994*). Zum anderen, daß die Bevölkerungsdichte in verschiedenen Regionen ebenso wie innerhalb der einzelnen Länder stark variiert. Während in Frankreich 99 Menschen pro qkm leben, beträgt die Bevölkerungsdichte in Indien 209, in China 102, in Brasilien 15 und in Bolivien 5.

Zu bedenken ist, drittens, daß in vielen Regionen die Reduzierung der Geburtenzahlen für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung eher schädlich wäre und die Ernährungslage der Bevölkerung eher verschlechtern würde, solange die bisherige Form des Ackerbaus ohne Maschinen viele Arbeitskräfte benötigt. Denn so naheliegend es auch zunächst erscheinen mag, ist Hunger doch nicht primär ein Problem der Nahrungsmittelproduktion, sondern die Welt-Agrarwirtschaft könnte, wie eine Studie des Club of Rome versichert, technisch auch künftig die Weltbevölkerung ernähren, wenn man die Landwirtschaft isoliert für sich betrachtet. Doch tatsächlich kann sie aufgrund von Zwängen, die andere Faktoren ausüben, nicht losgelöst von der Weltproblematik verstanden werden (*King/Schneider 1991, S. 143*).

War bis in die 80er Jahre hinein eine Steigerung der Agrarproduktion durch zwei Faktoren möglich gewesen – durch Erweiterung der Nutzfläche und durch Intensivierung der Produktion –, so wächst die Anbaufläche nach Angaben der FAO seit 1990 nicht mehr, mit der Folge, daß höhere Erträge nun ausschließlich durch Produktivitätssteigerungen erzielt werden müssen. Doch dem steht entgegen, daß es vielen Kleinbauern an Investitionskapital fehlt, und vielerorts stagniert der technische Fortschritt. Darüber hinaus sind die Böden durch hohen Düngemiteleinsatz oder Sinken des Grundwasserspiegels ruiniert. Was nutzen Projekte für Kleinbauern, solange die Agrarpolitik der EG dazu führt, daß die brasilianischen Kleinbauern, die mit ihren schwarzen Bohnen ein Hauptnahrungsmittel für ihre Landsleute erzeugen, jetzt durch riesige Soja-Agrarfabriken verdrängt werden, deren Produkte die Fleischüberschüsse der EG erhöhen?

So weist die Leiterin des UN-Bevölkerungsfonds (UNFPA), Nafis Sadik, zurecht darauf hin, daß „Hunger ein soziales Phänomen ist, nicht nur ein Resultat von Nahrungsmittelknappheit“. Die durchschnittliche Verfügbarkeit von Nahrung lag, gemessen in Energieeinheiten, 1988/89 bei 2700 Kalorien pro Tag und Kopf. Sie ist in den vergangenen Jahren sogar um 17 Prozent gestiegen, obwohl in dieser Zeit die Weltbevölkerung um 1,8 Mrd. Menschen zugenommen hat. Denn obwohl in den achtziger Jahren die Weltgetreidevorräte niemals knapp waren und die Landwirtschaft selbst in vielen Staaten der Dritten Welt zu eindrucksvollen Produktions- und Exportsteigerungen imstande war, stieg die Zahl mangelernährter Menschen auf 780 Mio. an. Es wird zunehmend offensichtlich, daß Nahrungsmittel ungleich verteilt sind, nicht nur zwischen Nord und Süd, sondern auch in den einzelnen Ländern selbst.

Von Unterernährung am härtesten betroffen sind Kinder. Denn weltweit haben etwa 192 Mio. Kinder Untergewicht. Für rund 13 Mio. Kinder kam 1990 jede Hilfe zu spät, und sie starben an den Folgen eines zu geringen Körpergewichts; während zu gleicher Zeit die Kinderärzte in Deutschland Alarm schlugen, weil die Zahl der

Schüler mit Übergewicht seit 1980 um 50 Prozent gestiegen ist (*Süddeutsche Zeitung vom 9./10. April 1994*).

Einige Indizien deuten darauf hin, daß die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Menschen und die Bekämpfung der Armut in all ihren Erscheinungsformen die beste und wirksamste Bevölkerungspolitik ist. Nicht zu viele Kinder sind das Problem, sondern zuviel Armut, oder, um es mit Mahatma Gandhis Worten zu sagen: „Die Erde hat genug für jedermann, aber nicht für jedermanns Gier“. Hierfür spricht auch die Feststellung der Weltbank in ihrem neuesten Bericht (1994), daß sich die jährliche Wirtschaftswachstumsrate in den Entwicklungsländern trotz der Rezession in den als Kunden wichtigen Industrieländern in den nächsten zehn Jahren von 3,5 Prozent in den 80er Jahren auf 4,8 Prozent beschleunigen wird – auch wenn diese Entwicklung in einzelnen Regionen unterschiedlich ausgeprägt sein wird.

Widersprüche weist der Bericht allerdings hinsichtlich der Rolle des Bevölkerungswachstums auf. Während für Afrika, dessen Pro-Kopf-Einkommen schrumpft, für die nächsten zehn Jahre wegen des schnellen Bevölkerungswachstums bestenfalls leichte Verbesserungen vorhergesagt werden, sieht der Bericht für Ost- und Südasiens sowie Lateinamerika, wo fast drei Viertel der Bevölkerung der Dritten Welt beheimatet und die Bevölkerungswachstumsraten nicht minder groß sind, das Wirtschaftswachstum weiter stark steigen: Ostasien: 7 Prozent; Südasiens: 5 Prozent und Lateinamerika: 3 Prozent. Als Wachstumsmotoren werden dabei die verbesserte Wirtschaftspolitik in den Entwicklungsländern, niedrige reale Zinsen und der verstärkte Zufluß von Auslandskapital angesehen, nicht jedoch die Bevölkerungspolitik (*Süddeutsche Zeitung vom 15. April 1994*).

Zum anderen nennt eine von der Deutschen Welthungerhilfe durchgeführte Umfrage unter 60 Süd-Partner-Organisationen als Ursachen für Bevölkerungswachstum in den jeweiligen regionalen Aktionsgebieten folgende Faktoren: etwa die Hälfte Armut, fehlende soziale Sicherheit und Ausbildungsmöglichkeiten. Erwähnung finden auch Arbeitskräftemangel und Unterbevölkerung auf dem Lande, ausgelöst durch die Migration und Landflucht in die Städte (*Dederichs-Bain 1994, S. 9*).

Flucht- und Migrationsbewegungen

Nicht zuletzt die letztgenannten Aspekte werden bekanntlich mit der Bevölkerungsexplosion in unmittelbarem Zusammenhang gebracht, was allerdings bei einer näheren Betrachtung der vielfältigen Ursachen und Auslösefaktoren einer kritischen Prüfung nicht standhalten können. Vergleicht man die Flüchtlingszahlen für 1992 und 1993 mit denen der vorangegangenen Jahre, die sich nach Angaben des UNHCR von ca. 17 Mio. auf 19,7 Mio. erhöht haben, und setzt man diese Zahlen in Relation zu den in diesem Zeitraum laufenden bzw. neu ausgebrochenen Kriegen und Konflikten, so wird deutlich, daß Flucht und Migrationsbewegungen seit Beginn der 90er Jahre weniger durch die Bevölkerungsexplosion ausgelöst wurden, sondern im allgemeinen im Umfeld zwischen- und innerstaatlicher Konflikte ent-

standen sind. Nicht zuletzt der Ausbruch des Bürgerkrieges im ehemaligen Jugoslawien und der Anstieg von Flüchtlingszahlen im westlichen Europa von 1,2 Mio. Ende 1991 auf 3,2 Mio. im Januar 1992 liefern hierfür eine Reihe von Indizien (*Opitz 1993, S. 8*).

Doch die Kriege und Bürgerkriege sind nur ein Teilaspekt der durch UNHCR-Zahlen nicht erfaßten Binnenmigration von ca. 24 Mio. Menschen in den Regionen des Südens. Die wesentlichen Ursachen liegen in der Verschlechterung der Rahmenbedingungen innerhalb der Staaten selbst, wenn die Regierungen eine Politik betreiben, die die Mehrheit ihrer Bürger nicht in den Kreislauf der modernen Produktion und des Konsums einbezieht, sowie in der Vernachlässigung von Investitionen im Bereich der Landwirtschaft – häufig fehlt es nicht an Arbeit auf dem Lande, sondern einfach an Einkommensmöglichkeiten. Aber bedeutsam sind auch eine Reihe weiterer, unmittelbar mit gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zusammenhängender Probleme, ohne deren Lösung sich an der gegenwärtigen Lage der Länder des Südens selbst dann nichts ändern wird, wenn sich die Bevölkerungswachstumsrate gegen null bewegen würde.

Bedenkt man, daß trotz erheblicher Industrialisierungsschritte in den lateinamerikanischen Staaten immer noch $\frac{2}{3}$ der Gesamtexporte auf den Handel mit Rohstoffen entfallen und es in der Hälfte der afrikanischen Staaten 90 Prozent sind, und daß selbst für einige der ostasiatischen Schwellenländer der Handel mit Rohstoffen wie etwa tropischen Hölzern, Öl und Futtermitteln nach wie vor ein erhebliches Gewicht hat (*Brock 1992, S. 25*), so bedarf die Dimension der negativen Auswirkungen des zunehmenden Rohstoffpreisverfalls auf diese Gesellschaften keiner weiteren Erörterung. Denn zwischen 1980 und 1991 hat sich der Indexwert für eine Gruppe von 33 Rohstoffen (ohne Energieträger) von 105 auf 57 verschlechtert, und im Zeitraum 1989–91 sind die Preise für Rohstoffexporte der Entwicklungsländer um 20 Prozent zurückgegangen (*UNDP 1992, S. 59*).

Für Afrika südlich der Sahara z. B. bedeutete dies nach Angaben der UNDP im Zeitraum von 1981–90 – nach den Preisen von 1980 – Mindereinnahmen von 150 Mrd. Dollar. Neben den ökonomischen Engpässen in den Industrieländern angesichts der lange andauernden Rezession ist dieser negative Trend durch eine Reihe von Faktoren bestimmt, deren wichtigste zum einen die technologischen Innovationen in den Industrieländern und die sich rasant entwickelnde industrielle Substituierung natürlicher Produkte sind (Materialien und Werkstoffe aus biotechnologischer Herstellung sowie die Ersetzung von metallischen Rohstoffen wie Kupfer, Nickel u. a. durch Glasfasern und künstliche Leitstoffe u. ä. m.), die wesentlich zur sukzessiven Herausdrängung der Entwicklungsländer aus der Weltwirtschaft und dem Welthandel beigetragen haben.

Doch nicht nur die industriellen Substitute reduzieren insgesamt den Rohstoffimportbedarf der Industrieländer; hinzu kommt, zum anderen, daß bei der technischen Weiterentwicklung der Produktionsverfahren immer weniger Material notwendig wird. Damit werden auch bei wachsender Industrieproduktion im Verhältnis weniger Rohstoffe benötigt. Es bedürfte somit enormer Wachstumsraten in den Indu-

strieländern – die jedoch nicht in Sicht sind –, um weltweit das Produktionsniveau bei Rohstoffen aufrechtzuerhalten. Die material- und energiesparenderen Produktionsverfahren sind sicher auch eine Antwort auf die Knappheits- bzw. Endlichkeitsdiskussion, die durch die Veröffentlichungen des Club of Rome – etwa die „Grenzen des Wachstums“ und den Bericht an den US-Präsidenten Jimmy Carter („Global 2000“) – hervorgerufen wurde.

Die ökologisch sinnvolle Reduzierung des Ressourcenverbrauchs geht aber – zumindest kurzfristig – auf Kosten und zu Lasten der rohstoffexportierenden Länder, da sie zu einem kontinuierlich fallenden Trend bei der weltweiten Rohstoffnachfrage führt, was wiederum eine weitere Schwächung der Position der Entwicklungsländer zur Folge hat. In die gleiche Richtung zielt schließlich die starke Zunahme des Recyclings bei Metallen. Hohe Preise, verbesserte technische Verfahren und zunehmende Entsorgungsprobleme haben die Wirtschaft dazu bewogen, stärker als bisher Altmetalle wiederzuverwenden.

Auch bei den Ernährungsgütern läßt die dauerhafte Überproduktion von Nahrungsmitteln in den Industrieländern keine Änderung des niedrigen Preisniveaus zu. Ganz im Gegenteil wird die Entwicklung der Bio- und Gentechnologie dazu beitragen, daß die Produktivitätsfortschritte noch weiter zunehmen. Denn die landwirtschaftlichen Rohstoffe werden als Ergebnis der Biotechnologie in zunehmendem Maße auswechselbar, was für die Deviseneinnahmen der Produzentenländer weitreichende Folgen hat. Ein zerstörerischer Konkurrenzkampf unter den Agrarexporturen wird die Folge sein, mit unabsehbaren Konsequenzen für die zu erzielenden Preise, aber auch für die hiervon lebenden Bevölkerungsschichten.

Aufgrund der kurz skizzierten Entwicklungen wird es wohl nicht ausbleiben, daß sich viele Millionen Menschen auf die Suche nach neuen Lebensräumen begeben. Der Hauptteil dieser, auf jährlich 40 Mio. Menschen geschätzte Migrationsströme bewegt sich innerhalb der betroffenen Länder von den Landgebieten in die Städte und führt zu einer rapiden Verstädterung vieler Entwicklungsländer. Noch lebt die Mehrheit der Bevölkerung in Entwicklungsländern in ländlichen Gebieten, aber der Trend zu Verstädterung ist nicht zu übersehen.

Belief sich in den 50er Jahren die städtische Bevölkerung in den Entwicklungsregionen auf ungefähr 285 Mio., so wird nach jüngsten Schätzungen der UNO die Anzahl der Stadtbewohner in den Entwicklungsländern im Jahr 2000 etwa zwei Mrd. erreicht und sich innerhalb von weniger als zwanzig Jahren, nämlich bis zum Jahr 2010, auf 2,7 Mrd. erhöht haben. Ende des Jahrhunderts werden etwa 60 Prozent der Weltbevölkerung in Städten leben mit dem Ergebnis, daß 13 der 20 größten Städte der Welt in den Regionen des Südens liegen werden.

Problematisch an dieser Entwicklung ist die Tatsache, daß das explosive Stadtwachstum in den meisten Entwicklungsländern nicht nur nicht von entsprechenden öffentlichen Investitionen begleitet, sondern in erster Linie durch die Verdichtung von Wirtschaftspotential in wenigen Zentren verursacht wurde. Daß die Bevölkerung dann mit Nahrungsmitteln zu subventionierten Preisen versorgt werden muß,

hat zur Folge, daß die landwirtschaftliche Produktion immer unattraktiver und unrentabler wird, mit der Folge immer stärkerer Landflucht, insbesondere der jüngeren Generation, die in den Städten wiederum nicht nur versorgt, sondern auch beschäftigt werden muß. Bis zum Jahre 2000, also in weniger als sieben Jahren, werden in den Entwicklungsländern noch einmal 600 Mio. junge Leute nach Arbeit suchen – in Regionen, die bereits jetzt von Arbeitslosigkeit geprägt sind. Daß dies einen unglaublichen sozialen Sprengstoff birgt, braucht nicht sonderlich betont zu werden.

Nur so läßt sich erklären, warum in Afrika die Bevölkerung zwar um drei Prozent wächst, sich die Nachfrage nach Nahrungsmitteln in derselben Zeit jedoch um fünf Prozent gesteigert hat. Die simple Ursache dafür ist die Urbanisierung. Denn nicht nur, daß die Selbstversorgung der vom Land geflüchteten Menschen nicht möglich ist – erschwerend kommt auch hinzu, daß sich in den Städten die Ernährungsgewohnheiten ändern (statt Hirse Weißbrot und mehr Fleischkonsum). Dies führt dazu, daß mehr Land als Weidefläche genutzt wird und die Nachfrage nach Futtermitteln steigt. Eine solche Entwicklung hat nicht nur die Vernachlässigung von Mischkulturen zur Folge, sondern weitaus gravierendere Konsequenzen für die Umwelt, weil ökologisch genügsame Produkte wie Knollfrüchte völlig verdrängt werden (*Wichterich 1994*).

Umwelt- und ökologische Gefährdungen – die Rache der Schwachen oder Folge des Lebensstils?

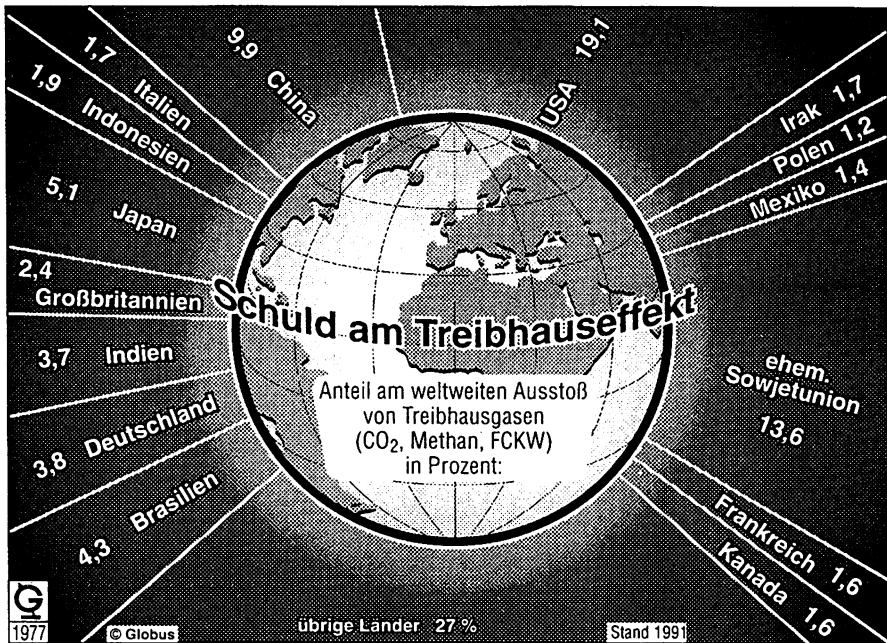
Wenngleich nicht ausgeschlossen ist, daß im Zuge der nächsten Jahre noch weitere Probleme hinzukommen werden, deren Dimension wir heute noch gar nicht abschätzen können, wie z. B. die Folgen einer weiter zunehmenden Bodenversäuerung, so werden doch zwei Problemkreise im Kontext der ökologischen Diskussion in engem Zusammenhang mit der Bevölkerungsexplosion gesehen: zum einen die Abnahme des stratosphärischen Ozons und zum anderen die Klimaänderung (Treibhauseffekt), insbesondere durch das Schrumpfen der Regenwaldbestände. Als wesentliche Ursachen für letzteres werden insbesondere vier Faktoren aufgeführt: Brandrodung zur Gewinnung von zusätzlichen landwirtschaftlichen Flächen (entweder, um den Nahrungsmittelbedarf der Städter zu befriedigen, oder aber, um zusätzliche Exporterlöse zu erwirtschaften); Abholzung entweder zur Gewinnung von Holz als Energieträger, was Ende der achtziger Jahre etwa 80 Prozent des weltweiten Holzschlags ausmachte, oder als Nutzholz, wovon etwa ein Viertel exportiert wird; Bau von Staudämmen für die Stromerzeugung, und schließlich Abbau von Rohstoffen.

Eine Reihe von Indizien deutet zwar darauf hin, daß die sozial schwachen Haushalte Afrikas, Asiens und Lateinamerikas in ihrem täglichen Kampf um Nahrung, Futter, Feuerholz und Wasser möglicherweise zur irreparablen Verschlimmerung des gestörten Gleichgewichts der Umwelt beitragen, weil

- in vielen Entwicklungsländern die armen Haushalte doppelt so viele Bäume fällen, wie im selben Zeitraum nachwachsen können. Das bedeutet, daß jedes Jahr zwischen 160 bis 200 000 qkm Tropenwald verlorengehen;
- primitive Rodungstechnologie darüber hinaus noch dazu führt, daß 5 Quadratmeter geschlagen werden, um einen handelsfertigen Quadratmeter Holz zu erhalten.

Doch beim Verbrauch von Ressourcen und bei der Produktion von Abfall sind es die Konsumgesellschaften des Nordens die Hauptverursacher der Umweltprobleme. Denn ein Viertel der Weltbevölkerung, angesiedelt in den Industrieländern, verbraucht drei Viertel aller Energie. In Mio. Tonnen Öleinheiten gerechnet (*BP Statistical Review of World Energy 1991*), läßt sich folgende Rangliste aufstellen: USA: 2212,8; GUS und Osteuropa: 1685,2; Westeuropa: 1407,1; Übriges Asien: 1084,2; China: 677,0; Südamerika: 470,3; Naher Osten: 241,2; Afrika: 224,6 und Australien: 91,3.

Ähnlich unausgewogen ist nicht nur der Verbrauch von mineralischen Ressourcen, sondern mit 50,1 Prozent gravierender ist jedoch der Anteil der westlichen und östlichen Industrieländer am weltweiten Ausstoß von Treibhausgasen wie CO₂, Methan und FCKW.



Doch obwohl angesichts der „Grenzenlosigkeit“ der Umweltprobleme die alten „drei Welten“ gleichermaßen betroffen sein sollten, spricht einiges für die These, daß die schwerwiegendsten Folgen der prognostizierten Klima- und Umweltveränderungen von den Ländern der Dritten Welt zu tragen sein werden (*Meyer-Abich 1992, S. 31f.*), weil:

- der Großteil der Entwicklungsländer in Äquatornähe liegt;
- deren Landwirtschaft von den Klimaveränderungen am nachhaltigsten betroffen sein wird, und diese dort eine größere Bedeutung hat als in den Industrieländern;
- sie generell geringere Anpassungsfähigkeit an eine Veränderung der Umwelt im Vergleich zu den industrialisierten Ländern aufweisen;
- sie aufgrund knapper Ressourcen erheblich weniger imstande sind, sich durch geeignete Gegenmaßnahmen – Bewässerungsanlagen, Dammbauten, Aufforstung u. ä. m. – gegen die Auswirkungen zu schützen und die erforderlichen Strukturanpassungen durchzuführen;
- sie bei einer vermuteten Erwärmung der globalen Durchschnittstemperatur um drei Grad Celsius infolge der Treibgasemissionen bei einem Ansteigen des Meeresspiegels – als Folge des Schmelzens der Eisdecken an den Polen und auf Grönland – von Flutkatastrophen zuallererst betroffen sein würden, so daß Hunderte Mio. Menschen in den Küstengebieten sowie wirtschaftliche Infrastrukturen und Agrarland in einem unvorstellbaren Ausmaß gefährdet bzw. zerstört würden. Betroffen wären nicht nur viele der großen und dichtbesiedelten Flußtäler der Welt, z. B. der Nil und der Ganges, sondern auch niedrig gelegene Küstengebiete wie Bangladesch, wo 1991 bei einer Sturmflut 138 000 Menschen ums Leben kamen. So leben – gemäß der UN-Organisation für Umwelt und Entwicklung – sechs von zehn Menschen der Weltbevölkerung in nur sechzig Kilometer Entfernung von der Küste, und zwei Drittel aller Städte mit einer Bevölkerung von über 2,5 Mio. Menschen befinden sich ebenfalls in Küstennähe.

So betrachtet, hat der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt nicht einmal übertrieben, als er die Konferenz von Rio als „Verhandlungsübung zwischen zwei Partnern“ bezeichnet hat, „die in demselben Boot sitzen und einander gegenseitig drohen, die Lecks auf ihrer Seite des Bootes noch größer zu machen, falls die andere Seite die Lecks auf ihrer Seite nicht zuerst abdichtet“ (*Deutsche Welthungerhilfe 1993, S. 215*).

Denn zum einen erwies sich der Süden einmal mehr keineswegs als homogene Staatengruppe: Während die arabischen ölexportierenden Länder gegen Maßnahmen, die auf eine Reduzierung des Ölverbrauchs hinauslaufen könnten, Widerstand leisteten, spielten die Tropenwaldländer bei den Beratungen über den Schutz der Wälder eine Bremsenrolle (*Brock 1992, S. 2f.*). Bei ihnen fehlte darüber hinaus jeglicher Wille, die energie- und schadstoffintensiven Modernisierungsprozesse zu überdenken. Das Konzept der „nachholenden Entwicklung“ hat – trotz der fatalen ökologischen Konsequenzen, die die Entwicklung der Industrieländer zur Folge hatte und

noch immer hat – auch weiterhin Konjunktur. Doch der westliche Entwicklungsweg, der auf seine Art äußerst erfolgreich war, ist in weltweiter Hinsicht nicht verallgemeinerungsfähig. Der Ressourcen- und insbesondere der Energieverbrauch pro Kopf, wie er in den hochindustrialisierten Ländern üblich ist, würde – auf die Welt übertragen – in wenigen Jahrzehnten das ökologische Ende bedeuten. Bleibt dagegen die Entwicklungspolitik erfolglos, wird sie, nicht anders als in den vergangenen Jahrzehnten, zu erheblicher armutsbedingter Ressourcenübernutzung führen (Senghaas 1994, S. 158 f.).

Zum anderen aber ließen die wichtigsten Industrieländer weder die Bereitschaft zu einer schnellen, tiefgreifenden Wende in ihrer Struktur- und Umweltpolitik erkennen, noch zu einem größeren finanziellen und technologischen Transfer an die Entwicklungsländer zwecks flankierender Unterstützung ökologisch verträglicher Entwicklungsprozesse. Obwohl das UNCED-Sekretariat die Kosten für ein wirkungsvolles Umwelt-Programm auf 125 Mrd. Dollar jährlich beziffert hatte – das entspricht etwa einem Prozent des Bruttosozialproduktes der Industrieländer –, haben diese ihr ursprüngliches Angebot für den von der Weltbank verwalteten Umweltfonds nur von 1,5 auf 6 Mrd. Dollar aufgestockt. Zudem ist höchst zweifelhaft, ob selbst diese relativ geringen Mittel angesichts knapper personeller Beratung sinnvoll eingesetzt werden können.

Wie auch auf dem UN-Erdgipfel in Rio de Janeiro deutlich wurde, gibt es in der Diskussion insgesamt zwei sich gegenüberstehende Positionen: Die eine gibt dem Bevölkerungswachstum im Süden die Hauptschuld an der globalen Umweltzerstörung, die andere sieht im Konsumniveau des Nordens den Kern des Übels, was im Hinblick auf den Ressourcenverbrauch sicherlich zutrifft, da 20 Prozent der Menschheit 80 Prozent der Ressourcen verbrauchen. Diesen unterschiedlichen Positionen steht die Tatsache gegenüber, daß die Umwelt nicht mehr nur durch nationale Maßnahmen, sondern nur in regionalen oder globalen Verbund verbessert werden kann, und die Lösung der ökologischen Probleme ist nur durch im wahrsten Sinne des Wortes „internationalisierende Politik“ (Czempiel 1991, S. 106) möglich. Das Problem besteht allerdings darin, daß alle Reformansätze, sofern eine globale Einigung darüber erzielt werden sollte, jetzt und heute umgesetzt werden müssen, um in 25 oder 40 Jahren Wirkung zu zeigen. Vergegenwärtigt man sich diese hier nur ansatzweise skizzierten Faktoren, die den globalen Rahmen der Migrationsbewegungen und Umweltzerstörungen bilden, so wird die Notwendigkeit deutlich, die diesen zugrundeliegenden Ursachen in absehbarer Zeit zu entschärfen. Gelingt dies nicht, so wächst die Gefahr, daß die geschilderten Prozesse entweder außer Kontrolle geraten, oder aber jenen militanten Gruppierungen in vielen Ländern Auftrieb verleihen, deren „islamische“ Variante als eines der Bedrohungspotentiale wahrgenommen wird.

Islamischer Fundamentalismus – Kampf der Kulturen oder Krise der Entwicklung?

Bei oberflächlicher Betrachtung scheint es zwar, als ob das zu Beginn zitierte Szenario von Brzezinski sich im Gefolge der Kuwait-Krise vordergründig zu bestätigen schien, als Saddam Hussein unter anderem mit islamischen Parolen versuchte – wie sich erwiesen hat, nicht ganz ohne Erfolg (*Perthes 1991*) –, die aus vielfältigen Gründen aufgestaute Frustration der arabischen Massen in Hoffnungen auf die befreiende Tat und in Wut gegen den Westen, insbesondere die USA, zu verwandeln. Doch droht dem Westen tatsächlich statt der überwundenen „roten“ nun die „grüne“ Gefahr? Ist die Zerschlagung der säkularen Nationalstaaten nur die erste Etappe „auf dem Weg zur globalen islamischen Supermacht, zu einem Gottesreich aller Moslems, das vom Atlantik bis nach Südostasien reichen soll?“ (*Dörler 1993, S. 36*). So sehr diesen und ähnlich gelagerten Perzeptionen inzwischen durch einen aufsehenerregenden Beitrag des renommierten amerikanischen Strategieforschers Samuel Huntington (*1993, S. 3*) „höhere Weihen“ verliehen wurde, als er diese als Hauptparadigma künftiger Entwicklungen der internationalen Politik aufwertete – bei unvoreingenommener Betrachtung erweist sich, daß bei der Bewertung des islamischen Fundamentalismus drei Aspekte völlig ausgeblendet werden:

Zum einen, daß das Phänomen religiöser Erneuerungen eine weltumspannende Erscheinung ist, die sich durch alle religiösen und kulturellen Weltbilder hindurch zieht und in so unterschiedlichen soziopolitischen Kontexten wie der arabischen Welt, der Türkei, dem Iran, dem indopakistani-schen Subkontinent ebenso wie den USA, Europa sowie Lateinamerika und Afrika vorzufinden ist (*Jäggi 1991; Kepel 1991*).

Zum anderen, daß selbst der Islam keine geschlossene Einheit ist und die Islamisierungstendenzen weder überall gleich stark noch inhaltlich identisch sind, wie eine genauere Betrachtung der Ideologie dieser Bewegungen – ob nun iranisch-schiitisch, ägyptisch-muslimbruderschaftlicher, saudisch-wahhabitisch oder algerisch-integristischer Provenienz – unschwer offenlegen würde. Zudem paßt weder der von drei „islamischen“ Staaten (Irak, Iran und Türkei) geführte Krieg gegen die (islamischen) Kurden in diese neue, kulturell bestimmte Landschaft noch die gemeinsame Front der meisten „islamischen“ Staaten mit den westlichen Alliierten gegen Irak im Golfkrieg, ebensowenig wie der achtjährige Krieg zwischen Iran und Irak.

Drittens schließlich lassen sich solche Bewegungen nicht ausschließlich durch die Religion erklären, sondern ihr Aufkommen ist ein Hinweis auf ungelöste soziale und wirtschaftliche Probleme der betroffenen Gesellschaften. Die ökonomische Stagnation und sozialpolitische Dauerkrisen, wiederholt akzentuiert durch „Brotrevolutionen“ wie in Kairo, Tunis, Algier oder Rabat, sind gewissermaßen ein Nachweis für das Scheitern des säkularen Nationalismus wie auch des Sozialismus im arabisch-islamischen Kontext, da es offensichtlich nirgends gelang, ein funktionsfähiges politisches und wirtschaftliches System zu etablieren, das die wichtigsten sozioökonomischen Entwicklungsprobleme einer Lösung nähergebracht hätte.

Die augenscheinlichsten Ursachen der sogenannten „Re-Islamisierung“ – in Iran unter dem Schah-Regime ebenso wie in Ägypten und in Algerien heute – lassen sich im wesentlichen auf die folgenden Faktoren zurückführen:

- Enttäuschung über die Ergebnisse der nach mehr oder weniger langen Kämpfen errungenen staatlichen Unabhängigkeit;
- Bedrohung der Existenz des städtischen Kleinbürgertums durch technische Modernisierung und Industrialisierung;
- zunehmende Landflucht und Verelendung der Landbevölkerung in den Städten;
- Enttäuschung über die von den Regierungen geweckten Erwartungen insbesondere bei den Jugendlichen, da der rasche Ausbau des Schul- und Hochschulwesens nicht mit einem angemessenen Arbeitsplatzangebot einherging. Hinzu kam zweifellos, daß die Früchte dieser ökonomisch-technischen Modernisierung entgegen aller Versprechungen und Erwartungen über eine allzu lange Zeitspanne nur einer winzigen Modernisierungselite zugute kamen.

Obleich sich die Legende vom Mythos der Einheit der „islamischen Welt“ bzw. jene Ängste vor einem Islam als einigender Kraft der 1,2 Milliarden Moslems bei genauerer Betrachtung der „Welten des Islams“ (*Rotter: 1993*) leicht relativieren lassen, wirft Huntington der Diskussion vor, einen entscheidenden, ja den wichtigsten Aspekt der Weltpolitik in den kommenden Jahren nicht wahrgenommen zu haben, und vertritt die These, daß Nationalstaaten zwar die mächtigsten Akteure auf dem Globus bleiben, die grundsätzlichen Auseinandersetzungen der Weltpolitik aber zwischen Nationen und Gruppierungen aus unterschiedlichen Kulturen auftreten werden. Dementsprechend schlägt er vor, Staaten nicht mehr nach ihrer politischen oder ökonomischen Struktur oder ihrer wirtschaftlichen Entwicklungsstufe zu klassifizieren, sondern aufgrund ihrer kulturellen und zivilisatorischen Stellung einzuordnen. Die künftige Welt werde demnach hauptsächlich von sieben der acht großen Kulturen geprägt werden. Dazu zählt er die westliche, die konfuzianische, die japanische, die islamische, die hinduistische, die slawisch-orthodoxe, die lateinamerikanische und möglicherweise die afrikanische Kultur. Für ihn hat „der samtene Vorhang der Kulturen den Eisernen Vorhang der Ideologien abgelöst als bedeutsamste Scheidelinie in Europa“ (ebda).

Das Ringen um militärische und wirtschaftliche Macht sowie um mehr Einfluß in internationalen Organisationen ist somit eine Konfliktquelle zwischen dem Westen und anderen Kulturkreisen. Die von Huntington entworfenen strategischen Politik-Empfehlungen, wie mit diesen Konflikten in Zukunft umzugehen sei, lassen sich wie folgt zusammenfassen:

- Förderung einer stärkeren Zusammenarbeit und größerer Einheit innerhalb der eigenen Kultur, also insbesondere zwischen den europäischen Staaten und Nordamerika, und Einbindung der osteuropäischen und lateinamerikanischen Staaten, deren Kultur der westlichen nahesteht, in den Westen;
- Entwicklung und Erhaltung der guten Beziehungen zu Rußland und Japan;

- Verhinderung der Eskalation lokaler Konflikte zwischen Kulturen zu großen Kriegen;
- Begrenzung der Ausweitung militärischer Stärke der konfuzianischen und islamischen Staaten und Ausweitung der Unterschiede und Konflikte zwischen konfuzianischen und islamischen Staaten;
- Verlangsamung des Abbaus der westlichen Militärmacht und Bewahrung der militärischen Überlegenheit in Ost- und Südwestasien durch Nichtweiterverbreitung und Unterbindung eines bedrohlichen Waffenpotentials;
- Schließlich die Stärkung jener internationalen Einrichtungen, die westliche Interessen und Wertmaßstäbe repräsentieren, und zugleich Förderung der Mitarbeit nichtwestlicher Staaten in diesen Einrichtungen sowie Unterstützung derjenigen Gruppen innerhalb anderer Kulturen, die westlichen Werten und Interessen zu-neigen.

Doch würde der Westen seine Politik nach diesen Empfehlungen richten, würde dies die Gefahr einer sich „selbst bestätigenden Prophezeiung“ („self-fulfilling prophecy“) heraufbeschwören.

Denn die zu beobachtende Revitalisierung des Islams ist in erster Linie eine durch sozioökonomische Stagnation und sozialpolitische Krisen ausgelöste Protestbewegung, die sich des Islams als Legitimation und als Waffe bedient, und ebensowenig mit einem „Rückfall in das Mittelalter“ gemein hat wie mit einem „Aufstand gegen die Moderne“.

Atomare Proliferation – Die Emanzipation des Zauberlehrlings?

Es war sicherlich das Schreckgespenst „vagabundierender Nuklearwaffen“, das den damaligen US-Verteidigungsminister Les Aspin im November 1993 veranlaßte, auf der NATO-Tagung in Travemünde nicht, wie geplant, die künftige Ostpolitik der Allianz in den Mittelpunkt seiner Ausführungen zu rücken, sondern dem Thema Weiterverbreitung von Atomwaffen höchste Priorität einzuräumen und ein Acht-Punkte-Programm zur „Counter-Proliferation“ vorzulegen, um den „verteufelten Hang zu atomarer Bewaffnung“ den NATO-Partnern eindringlich als schwerste Bedrohung des Friedens nahezubringen. Ähnliches ließe sich im Fall der Chemiewaffen sowie generell für die Verbreitung moderner Kampfmittel der Land-, Luft- und Seestreitkräfte anführen.

Denn nach dem Zerfall des Sowjetimperiums haben mehrere eng aufeinander bezogene Entwicklungen der Gefahr der Weiterverbreitung von A- und C-Waffen neue Qualitäten verliehen: Zum einen hatte die Auflösung der alten bipolaren Weltordnung gravierende strategische Verschiebungen bewirkt und neue strategische Akteure geschaffen, auf deren Gebieten strategische Atomwaffen in erheblichem Aus-

maß stationiert sind (Weißrußland: 80; Kasachstan: 1410 und die Ukraine mit 1800 Sprengköpfen). Zum anderen schafft das Ende der Sowjetunion für den Westen Sicherheitsprobleme auf anderen Gebieten, nämlich die Möglichkeiten eines verstärkten Proliferationsschubes in Form der unkontrollierten Verbreitung nuklearer und anderer hochgefährlicher Technologie und der Gefahr, daß diese in die Hände aggressiver, diktatorischer oder terroristischer Regime gelangen könnte. Denn mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes ist nicht nur eine der wesentlichen Quellen für Rüstungsproliferation versiegt – nämlich die Bereitschaft der Industriestaaten, ihren jeweiligen Dritte Welt-Klienten aus übergeordneten strategischen Erwägungen heraus Waffen und Rüstungsgüter zu verschaffen –, es ist damit auch eines der größten Hindernisse für Bemühungen entfallen, gemeinsam nach Wegen und Möglichkeiten zu suchen, die Proliferation einzudämmen.

Insbesondere durch zunehmende Diversifizierung ihrer Rüstungsimportquellen und den Aufbau einer eigenen Rüstungsproduktion war es einigen Staaten des Südens bereits in den achtziger Jahren gelungen, auch in dieser Hinsicht mehr Unabhängigkeit zu gewinnen. Obgleich die Rüstungsproduktion in den Staaten der Dritten Welt nur zwei bis zweieinhalb Prozent der Weltproduktion von Großwaffen beträgt, deutet der Stand der rüstungstechnologischen Entwicklung in diese Richtung, und es ist inzwischen unbestritten, daß viele Staaten technologisch in der Lage wären, Atomwaffen herzustellen (*Kubbig/Müller 1993*). Doch wurden noch bis vor einigen Jahren Befürchtungen angesichts der Ausbreitung atomaren Know-hows mit dem Hinweis gedämpft, um eine Nuklearmacht zu werden, brauche man nicht nur „die Bombe“, sondern Trägerkapazitäten, vor allem Raketen, die technisch kompliziert und teuer sind, so hat inzwischen eine Reihe von Ländern Forschungsprogramme auf diesem Gebiet in Angriff genommen. Einige Staaten verfügen bereits über geeignete Trägerkapazitäten – wie etwa Israel, das im Jahre 1988 eine Mittelstreckenrakete (Jericho II) testete, Argentinien, das unter dem Namen „Condor II“ ein eigenes System mit großer Reichweite entwickelt hat, und schließlich Indien, das mit den beiden Raketen Agni und Pritvi über die notwendigen Trägersysteme bis zu 2000 km Reichweite verfügt.

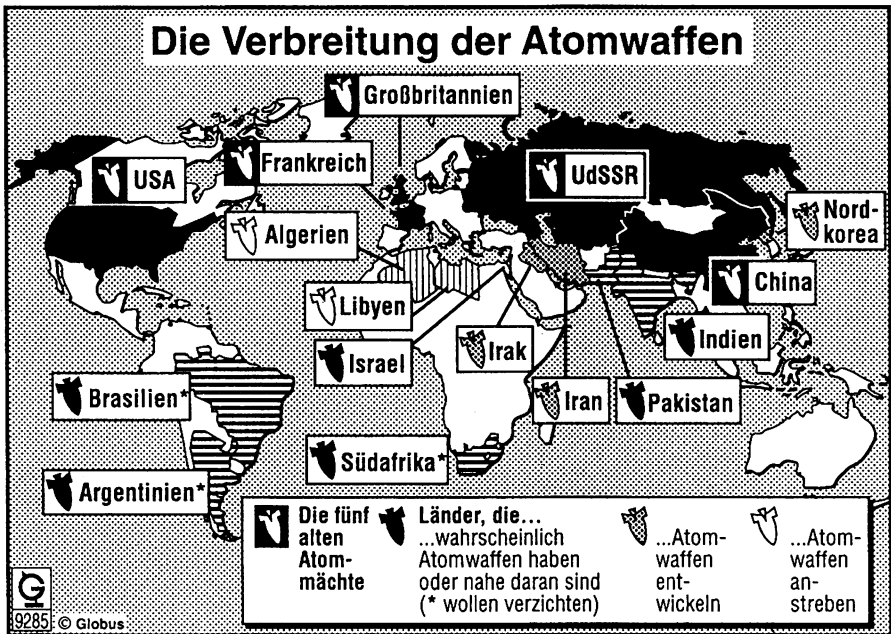
Angesichts dieser Entwicklung könnte schließlich die Auswanderung bzw. Abwerbung von ca. 2000 Waffenspezialisten und ca. 5000 weiteren erwerbslos gewordenen russischen Experten mit militärisch nutzbaren Kenntnissen durch „Möchtegern-Kernwaffenstaaten“ problematisch werden.

Doch unberechenbar gestaltet sich die Haltung der neuen Atommächte aus der Erbmasse des Sowjetimperiums. Mit den Abkommen von Minsk und Alma-Ata vom Dezember 1991 wurde zwar zunächst die Kontrolle eines gemeinsamen Kommandos der GUS über die strategischen Kernwaffen sichergestellt und damit die Übernahme dieser Potentiale in die nationale Kontrolle der Ukraine und Kasachstans verhindert. Doch im Gegensatz zu Weißrußland, das von Anfang an keinen Zweifel an seiner Absicht aufkommen ließ, ein Nichtkernwaffenstaat zu werden, ist die Haltung von Kasachstan und der Ukraine viel zweideutiger. Beide haben erkannt, daß ihnen die auf ihrem Territorium stationierten strategischen Potentiale eine Trumpf-

karte in Verhandlungen mit dem Westen in die Hand geben. Die Atomwaffen sind, wie der ukrainische Außenminister Anatoli Slenko auf dem KSZE-Folgetreffen in Rom im Dezember 1993 – Präsident Kravtshuk zitierend – sagte: Die Atomwaffen seien nicht bloß Waffen, sondern ein „materieller Reichtum“, für deren Abgabe und Zerstörung sein Land eine Entschädigung verlangen könne.

Auch Kasachstan verband seine Bereitschaft zur Zerstörung der Waffen zunächst mit erheblichen materiellen Forderungen von mindestens einer Mrd. Dollar. Die kasachische Regierung erklärte sich erst dann endgültig zur Zerstörung ihrer atomaren Waffen gemäß dem START-Vertrag bereit, als sich die USA anlässlich des Besuchs von Präsident Nasarbajew in Washington im Februar 1994 zu einer substantiellen Aufstockung ihrer Wirtschaftshilfe von bisher 140 Mio. Dollar auf 313 Mio. Dollar bereit erklärten und darüber hinaus weitere 85 Mio. Dollar für den technischen Abbau und die Dislozierung der kasachischen Nuklearwaffen bereitstellten.

Zwar ließe sich der Transfer von sensibler Nukleartechnologie in falsche Hände unterbinden, wenn dies politisch gewünscht würde. Hierfür sind jedoch weniger große sicherheitspolitische Vorkehrungen als industriepolitische Selbstkontrollen erforderlich. Denn der Vertrag zur Verhinderung nuklearer Verbreitung schließt bislang die Atomwaffenstaaten von jeder Inspektion aus, auch der ihrer zivilen Anlagen. Ginge effektive Selbstkontrolle mit dem drastischen Abbau der eigenen Überrüstung einher, stünde die Politik der „Nonproliferation“ auf einem soliden Fundament (Senghaas 1992).



Bedenkt man, daß die Zahl der Staaten mit Atomwaffen in den letzten zwei Jahrzehnten relativ stabil geblieben ist, so darf die zweifellos berechnete Aufregung um die Funde illegaler Plutonium-Lieferungen der letzten Zeit nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Kampf gegen die nukleare Proliferation bisher erfolgreicher gewesen ist, als gemeinhin angenommen wird.

Fazit

Ob die hier skizzierten Probleme an sich dazu führen könnten, jene zu Beginn dargelegten Szenarien Wirklichkeit werden zu lassen, vermag zwar niemand mit Gewißheit vorauszusagen oder auszuschließen. Doch feststeht, daß sie eintreten könnten, wenn es der Weltgemeinschaft nicht gelingt, für diese Probleme kurz- bis mittelfristig eine tragfähige Lösung zu finden. An der öffentlichen Diskussion bleibt daher zweierlei problematisch: Zum einen ähnelt die Argumentation in frappierender Weise jenen Kategorien, mit denen die Nachkriegswelt 40 Jahre lang in überaus vereinfachender, aber überaus nützlicher Form zu erklären versucht wurde, und scheint das Paradigma vom „Kalten Krieg“ durch ein neues ersetzen zu wollen. Zum anderen und gravierender wirkt der Umstand, daß es – so gedeutet – dann weniger darum gehen würde, diese Probleme einer Lösung näherzubringen, sondern – als Gefahrenpotentiale identifiziert – zu „bekämpfen“ bzw. sich „abzuschotten“.

Literatur

Birg, Herwig: Weltbevölkerungswachstum, Entwicklung und Umwelt. Dimensionen eines globalen Dilemmas, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 35–36/1994, S. 21–35

Brock, Lothar: Nord-Süd-Kontroversen in der internationalen Umweltpolitik: Von der taktischen Verknüpfung zur Integration von Umwelt und Entwicklung?, HSK-Report 7/1992

Brzezinski, Zbigniew: Macht und Moral. Neue Werte für die Weltpolitik, Hamburg 1994

Bundesministerium der Verteidigung: Weißbuch 1994. Weißbuch zur Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und zur Lage und Zukunft der Bundeswehr, Bonn 1994

Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, München 1991

Dederichs-Bain, Birgit: Wie viele Menschen sind zuviel?, in: *Deutsche Welthungerhilfe: Welternährung*, Nr. 1/1994, S. 9–10

Deutsche Welthungerhilfe: Hunger. Ein Report, Bonn 1993

Dörler, Bernd: Unser Marsch hat begonnen, in: *Die Erde 2000, Wohin sich die Menschheit entwickelt*, Spiegel-Spezial Nr. 4, Hamburg 1993, S. 34–45

Hippler, Jochen/Andrea Lueg (Hrsg.): Feindbild Islam, Hamburg 1993

Höhn, Charlotte: Weltbevölkerung – Wachstum ohne Ende? in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 35–36/1994, S. 3–10

Hottinger, Arnold: Islamischer Fundamentalismus, München–Wien–Zürich 1993

Huntington, Samuel P.: The Clash of Civilizations? in: *Foreign Affairs*, Nr.3/1993, S. 22–49. Gekürzte Deutsche Fassung unter dem Titel „Im Kampf der Kulturen“, in: *Die Zeit* vom 13. August 1993, S. 3

Jäggi, Christian J.: Fundamentalistische Bewegungen in aller Welt, in: derselbe/David J. Krieger: *Fundamentalismus. Ein Phänomen der Gegenwart*, Zürich 1991, S. 75–138

Kaiser, Karl: Alte Bedrohungen sind gewichen, neue entstanden, in: Frankfurter Allgemeiner Zeitung vom 13. Februar 1992, S. 9

Kennedy, Paul: In Vorbereitung auf das 21. Jahrhundert, Frankfurt am Main 1993

Kepel, Gilles: Die Rache Gottes. Radikale Moslems, Christen und Juden auf dem Vormarsch, München 1991

King, Alexander/Bertrand Schneider: Die globale Revolution. Ein Bericht des Rates des Club of Rome. Spiegel-Spezial Nr. 2/1991, Hamburg

Krause, Joachim (Hrsg.): Kernwaffenverbreitung und internationaler Systemwandel. Neue Risiken und Gestaltungsmöglichkeiten, Baden-Baden 1993

Krause, Joachim: Risiken der Rüstungsproliferation, in: Wolfgang Heydrich u. a. (Hrsg.): Sicherheitspolitik Deutschland: Neue Konstellationen, Risiken, Instrumente, Baden-Baden 1992, S. 465–474

Krell, Gert: *Aufbruch und Krise:* Das Weltsystem nach dem Ost-West-Konflikt und die aktuelle Friedens- und Sicherheitsproblematik, HSFK-Report 6/1991, Frankfurt am Main

Kubbig, Bernd W./Harald Müller: Nuklearexport und Aufrüstung, neue Bedrohungen und Friedensperspektiven, Frankfurt am Main 1993

Leisinger, Klaus M.: Hoffnung als Prinzip: Bevölkerungswachstum: Einblicke und Ausblicke, Basel/Berlin 1993

Luttwak, Edward N.: Weltwirtschaftskrieg. Export als Waffe – aus Partnern werden Gegner, Reinbek 1994

Meyer-Abich, Klaus Michael: Öko-kolonialismus – auch durch die Veränderung des Klimas, in: Günter Altner u.a. (Hrsg.): Jahrbuch Ökologie 1992, München 1991, S. 25–37

Nicolson, William (Mitarbeit): Der Marsch: Aufbruch der Massen nach Europa; das Drama des Nord-Süd-Konflikts, Rosenheim 1990

Nuscheler, Franz/Ernst Furlinger (Hrsg.): Weniger Menschen durch weniger Armut?, München 1994

Opitz, Peter J. (Hrsg.): Grundprobleme der Entwicklungsländer, München 1991

Opitz, Peter J.: Flüchtlings- und Migrationsbewegungen: Herausforderung für Europa, Arbeitspapiere zu Problemen der Internationalen Politik und der Entwicklungsländerforschung Nr. 14, München 1993

Opitz, Peter J. (Hrsg.): Weltprobleme, München/Bonn 1995⁴

Paech, Norman: Krieg der Zivilisationen oder dritte Dekolonisation? Samuel P. Huntingtons Paradigma der Internationalen Beziehungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/1994, S. 310–321

Perthes, Volker: Die andere Perspektive. Zur Reaktion der arabischen Welt auf das Vorgehen der Alliierten, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3/1991, S. 327–334

Perthes, Volker: Die Fiktion des Fundamentalismus. Von der Normalität islamistischer Bewegungen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 2/1993, S. 188–200

Petry, Ilse: Wachstum der Weltbevölkerung: Gefahr für den Frieden?, in: Jahrbuch Frieden 1993, München 1992, S. 103–112

Reichholf, Josef H.: Der tropische Regenwald, München 1991

Rotter, Gernot (Hrsg.): Die Welten des Islam, Frankfurt am Main 1993

Sachs, Wolfgang (Hrsg.): Wie im Westen, so auf Erden. Ein polemisches Handbuch zur Entwicklungspolitik, Reinbek 1993

Senghaas, Dieter: In den Frieden ziehen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6. Juni 1992

Senghaas, Dieter: Wohin driftet die Welt?, Frankfurt am Main 1994

Spiller, Ingrid: Mit zweierlei Maß. Bevölkerungspolitik in der sogenannten Dritten Welt, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden, Heft 10/1992, S. 19–21

Sprenger, Ute: Weltbevölkerungskonferenz 1994: Feindbild Migration und Ökozynismus, in: blätter des iz3w, Nr. 195/1994, S. 42–44

Stahl, Karin: „Sustainable Development“ als öko-soziale Entwicklungsalternative?, in: NORD-SÜD aktuell 1/1992, S. 44–57

- Stiftung Entwicklung und Frieden (Hrsg.):* Globale Trends 1993, Bonn
- Streich, Jürgen:* Die neuen Atomkräfte, Reinbek 1993
- Südkommission:* Die Herausforderung des Südens. Über die Eigenverantwortung der Dritten Welt für dauerhafte Entwicklung (Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden 4), Bonn 1990
- Tibi, Bassam:* Die Krise des modernen Islams, Frankfurt am Main 1991
- Tibi, Bassam:* Die fundamentalistische Herausforderung, München 1992
- UNDP,* Human Development Report 1992, New York/Oxford 1992
- UNFPA,* Weltbevölkerungsbericht 1992. Die Welt im Gleichgewicht, Bonn 1992
- Weltbank:* Weltentwicklungsbericht 1992, Bonn 1992
- Whitmore, Thomas C.:* Regenwälder – Eine Einführung, Heidelberg 1993
- Wichterich, Christa:* Ohne Kinder wächst für viele der Hunger, in: Frankfurter Rundschau vom 14. März 1994
- Wichterich, Christa (Hrsg.):* Menschen nach Maß. Bevölkerungspolitik in Nord und Süd, Göttingen 1994
- Wöhlcke, Manfred:* Der ökologische Nord-Süd-Konflikt, München 1993